

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Deutsche Arbeiter-Literatur, Berlin, August 1929.  
 Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.  
 Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantzer Platz 13.  
 Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. halbjährlich 4,50 Mk. monatlich 0,80 Mk. Einzelheft 15 Pf. (Einschl. Porto).  
 Inserate werden nicht angenommen.

## Der abbestellte Krieg und die blamierten Weltbeherrscher

## Die Liquidation des Weltkriegs im Haag

Wochenlang vernahm wir, daß der Krieg zwischen Rußland und China unvermeidlich ist. Mit einem Schlage ist nun die Gefahr gebannt. Man liest nichts mehr davon in den Moskauer Zeitungen. Die zu Hunderten bestellten Resolutionen gehören der Vergangenheit an. Wie kommt das? Wir haben vor einigen Wochen schon darauf hingewiesen, daß eine Delegation amerikanischer Kapitalisten nach Rußland reiste. Sie hofften dort Aufschluß zu erhalten, ob die Kapitalisten sicher angelegt, ob die Kontrakte, die dort geschlossen werden, einen realen Hintergrund haben. Und die russische Regierung kann sich nicht den Luxus leisten, das Vertrauen der amerikanischen Kapitalisten zu „mißbrauchen“. Sie darf deswegen nicht, weil jene eben selbst die Bedingungen vorschreiben, unter denen Geschäfte zu machen sind.

So erleben wir, daß die „Friedenspolitik“ der russischen Regierung wieder einmal so überraschend siegte, daß mit einem Schlage das Kriegsgeschrei verschwand. Es liegt für jeden denkenden Menschen auf der Hand, daß die eingeladenen Oligarchen, die man mit großem Pomp empfing, nicht sonderlich erbaud sein können von der Ueberraschung, daß das Land, in dem sie ihr Geld andeuten wollen, sich für den Krieg vorbereitet. Auch die Betätigung, daß alles nicht so tragisch zu nehmen sei, hat wenig gefreut; denn letzten Endes wird auch durch das Geschrei vom Krieg nur die Unruhe vermehrt, für die Gesohätzte nicht gerade angenehm ist. Die russische Regierung stand also wieder einmal vor der Frage, den Konflikt mit China innenpolitisch auszuwerten, um durch die Kriegsstimmung die Klassengegensätze zu überbrücken, die ganzen wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer schärfer hervorzutreten, — oder den ganzen Rummel abzublenden, um so Voraussetzungen zu schaffen, mit den Geschäftsläuten aus Amerika ernsthaft reden zu können. Sie konnte sich um so leichter dazu entschließen, als hinter dem ganzen Geschrei von dem unvermeidlichen Krieg ja weiter nichts steckt, als eben ein innenpolitisches Ablenkungsmanöver, das man sowieso nicht ins Unendliche ausdehnen konnte.

Sieht taucht wieder die andere Walze auf, die Friedenswalze, die auf das Lied von dem „inneren Aufbau“ abgestimmt ist. „Der Fünfjahresplan“. Damit in Verbindung stehen auch die Verhandlungen mit den amerikanischen Finanzgeheimen. Es wird vielleicht nicht gar so lange dauern, dann erfahren die russischen Arbeiter, daß es gelungen ist, das Werk des sozialistischen Aufbaues mächtig zu fördern, eben durch die Gelder der amerikanischen Gäste. Wenn der Sozialismus — durch die Hilfe des internationalen Kapitals — an der inneren Front um so schneller marschieren kann, wozu sich dann an den Vertrag mit Tschankensick klammern? Eigentlich liegen doch die Dinge fürchterlich einfach.

Man muß es der russischen Regierung lassen; sie versteht zu manövrieren. Zugegeben, daß sie sich auf ihren bezahlten Apparat in den einzelnen Sektionen unbedingt verlassen kann; sie hat auch die „Opposition“ um diese Sektionen herum so durcheinander gebracht, daß es einem Hund jammern könnte, — wenn es sich hier nicht um die jammervollsten Gebilde handelt, die eben noch mehr Verwirrung anrichten; deren Zertrümmerung daher absolut wünschenswert ist, von welcher Seite der Anstoß auch kommen mag.

Ein Beispiel unheilvoller Konfusion ist zum Beispiel die „Fahne des Kommunismus“. Dort sind die Dinge durch die Manöver Stalins so weit gediehen, daß jeder Artikel, der dort erscheint, eine andere Meinung ausdrückt. Ein Teil klammert sich an die Parole des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ und kommt zu dem Resultat, daß nach dieser Formel die chinesische Bahn eben den Chinesen gehöre. Diesen Standpunkt vertreten auch die französischen „entschiedenen Leninisten“, die sich um die Zeitschrift „Contre le courant“ scharen. Dort heißt es: „Die kommunistische Opposition muß den Mut haben, der Arbeiterklasse zu sagen, daß sie sich auf die Seite der Stalinschen Bürokratie und ihres abenteurlichen Krieges stellen wird.“ — Die Redaktion der „Fahne des Kommunismus“ veröffentlichte alle Artikel als „Diskussionsartikel“; sie selbst gibt nicht an, welche Stellung sie einnimmt. Sie bringt jedoch einen langen Artikel von Trotzki, in Nr. 31, in dem die Redaktion der „Fahne des Kommunismus“ nach allen

Regeln der Konvention abgelehnt wird, weil sie in völlig prinzipieller Weise schwächelt. Der Artikel Trotzki ist nicht als „Diskussionsartikel“ gekennzeichnet, somit also auch die Meinung der Redaktion. Trotzki verweist auf eine Rede, die er am 1. August 1927 im Plenum der ZK hielt, und zitiert daraus: „Zweifel wir, die Opposition, an der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes? Nicht im geringsten. Wir hoffen es nicht nur zu verteidigen, sondern auch andere zu lehren. Zweifeln wir an der Fähigkeit Stalins, die richtige Linie zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes aufzuzeigen? Ja, und das im allerhöchsten Maße.“

Die „Opposition ist für den Sieg der UdSSR, sie hat es mit der Tat bewiesen, nicht schlechter als die anderen, und wird es auch wieder beweisen. Aber für Stalins steht die Frage nicht so. Im Grunde genommen meint Stalin eine andere Frage, welche auszusprechen er sich nicht entschließt: „Denkt denn die Opposition wirklich, daß die Führung Stalins nicht in der Hand ist, den Sieg der UdSSR zu sichern?“ Ja, das denkt sie.

Und weiter: „Aber nicht ein Oppositioneller wird sich von seinem Recht und von seiner Pflicht lassen, vor dem Kriege oder während des Krieges für die Verbesserung des Parteikurses zu kämpfen — wie es in der Partei immer üblich war, — denn darin liegt die wichtigste Bedingung des Sieges. Ich fasse zusammen: für das sozialistische Vaterland? Ja! Für den Stalinschen Kurs? Nein!“

Zum Schluß sagt Trotzki: „Ich denke, daß diese Position auch in diesem Augenblick ihre Kraft voll behalten hat.“

Wie zum Hohn ist in derselben Nummer auch Radek vertreten, der dort schreibt: „Trotzki berührt sich darauf, daß er in seinen Artikeln der ganzen Welt erklärt habe, daß die UdSSR, gegen Interventionen verteidigt werde; aber jeder politisch denkende Mensch in Europa und Amerika fragt: Nun gut. Sie werden aus Dummheit oder als Gentlemen eine solche Sowjetunion verteidigen, aber was sollen sie die Massen verteidigen, wenn in diesem Lande nicht die Sowjets und nicht das Proletariat, sondern ein Haufen Gewaltmenschen und Abenteuerer herrschen, die sogar die kommunistische Partei an die Gabel greifen haben? Wie wird diese ihre Partei darrat behandeln, wie behandeln sie dann erst das Land? Warum sollen die Arbeitermassen dieses Landes eine solche Macht verteidigen? Und was sollen die ausländischen Arbeiter beim Lesen der Artikel von Trotzki denken? Sie müßten sich sagen: Wir haben keine Verantwortung dieses Land zu verteidigen.“

Man sieht: Ein heilloses Durcheinander. Man sieht aber noch ein anderes: Wie viel ein Mann sinken kann, dem einmal Millionen Arbeiter zubeihen.

„Für das sozialistische Vaterland? Ja! Für Stalin? Nein!“ Wie originell! Wie originell, etwa den deutschen Arbeitern zu sagen: „Für das sozialistische Vaterland? Ja! Für Hindenburg, oder Braun, oder Seewitz? Nein!“

Wie fürchterlich schwer, den Ausgangspunkt zu finden: Wo fängt das „sozialistische“ und wo fängt das kapitalistische Unterbau heraus? Dem Sozialismus wurde das Genick eingedreht, als der freie Handel eingeführt wurde! Alle anderen innen- und außenpolitischen Bfzelschlüsse sind nur die Konsequenzen einer fundamental kapitalistischen Entwicklung mit dem unvermeidlichen Resultat, daß eine auf dieser Ordnung begründete Gesellschaft in die Klassenlager: Proletariat und Bourgeoisie auseinander gerissen wird. Welche einzelnen neuen Beziehungen man für die in ihrem Wesen und Interessen feindlichen Klassen erfindet, ist gleichgültig.

Diese Frage steht, wenn das russische Proletariat in den Krieg gerissen wird, diese Frage steht für das Proletariat in allen Ländern, weil die russische Revolution ebensowenig eine „nationale“ Angelegenheit ist, wie jede andere. Das internationale Proletariat kann nur siegen, wenn es im entscheidenden Augenblick begreift, daß es als internationale Klasse nur ein Ziel, das gleiche Ziel kennt: den Sturz des Kapitalismus.

Daß Trotzki zum Zrompeter für die imperialistischen Interessen auch den transsibirischen, dem ärmsten Sohn in die feindlichen Proletariat diese Gemeinheit droht, wie es das deutsche Proletariat 1914 erlebte: die zynobroterten Lakaien der Bourgeoisie sind in der Stunde der Gefahr die gefährlichsten.

„Für das „Leibland“ und wie sonstige Bünde noch heißen mögen, noch immer ihr politisches Unwesen treiben können,

## Chronik

**Neuer Sozialdemokratischer Geislicher in Berlin.**  
 Am kommenden Sonntag, den 18. August, findet in Neukölln, in der Philip-Melanchthon-Kirche, um 10 Uhr die Amtseinführung von Pfarrer Artur Rackwitz aus Eisenberg in Thüringen statt. Pfarrer Rackwitz ist seit Jahren tätig im Kreis der Partei. Aus Anlaß seiner Einführung veranstaltet die Neuköllner religiösen Sozialisten am selben Sonntag, 19 Uhr, bei freiem Eintritt im großen Gemeindefaal der Philip-Melanchthon-Kirche, Herthastr. 9, einen Gemeindefaal, auf dem u. a. Pfarrer Rackwitz sprechen wird über das Thema: „Wie es kam, daß ich Sozialist geworden bin.“ — Alle interessierten Genossen werden gebeten, sich zahlreich an diesem Gemeindefaal zu beteiligen. („Vorwärts“ 16. 8. 1929.)

**Ein Versicherungsskandal.**  
 Die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft ist zusammengebrochen. Es sind große Summen eingezahlter Gelder verloren. Erfahrungsgemäß wird die große Masse der Versicherungnehmer und das Kapital der Versicherungsgesellschaften von „kleinen Leuten“ gebildet. Nach einiger Klärung der Sache werden wir auf dieselbe noch zurückkommen.

**Und ein Berliner Bankskandal.**  
 der den Bankier Radtke in das Gefängnis brachte. Große Betrügereien durch Scheckfälschungen sind die Ursache.

**Faschistische Gemeinheiten in Oesterreich.**  
 In St. Lorenzen in Steiermark überfielen am Sonntag, den 18. August, die Heimwehrbände eine sozialdemokratische Festversammlung, wobei es Tote und Verwundete gab. Der Überfall, bei dem auch ein Infanteriegewehr verwendet und vom Kirchturn mit Infanteriegewehren geschossen wurde, war planmäßig vorbereitet. Es gab Tote und Verwundete. — Wir hoffen, daß unsere österreichischen Genossen bis zur nächsten Nummer der KAZ darüber berichten werden.

**Max Holz ist in Leintrad eingetroffen und wurde mit feierlichen Reden und feierlichen Sitzungen begrüßt, wobei auch Holz feierliche Reden hielt. Hoffentlich wird die Schutzhaft Holz die Maße bringen sich zu überlegen, ob seine ursprüngliche Beurteilung Moskau und der russischen Politik nicht doch die richtige war.**

**Streikwache in Amerika.** In Marion (Nord-Carolina) kam es zwischen 1600 seit drei Wochen streikenden Textilarbeitern und 400 arbeitwilligen Arbeitern zu schweren Zusammenstoßen, in deren Verlauf mehrere Personen schwer verletzt wurden. Die Regierung setzte zur „Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung“ mehrere Kompanien Soldaten ein und ließ die Streikbrecher rausbauen.

**Polizeihauptmann strafversetzt.** Herr Grzesynski ließ den Polizeihauptmann Gran von Berlin nach Hanau versetzen, weil er am 1. Mai zwei Berliner Journalisten verprügelt ließ. — Das ist auch wirklich nicht die Aufgabe eines Polizeihauptmanns. Hatte der Herr doch ein paar revolutionäre Arbeiter kille lassen.

**Organisatorische Mittelmaßnahmen Groß-Berlin.**  
 14. Ortsbezirk (Neukölln).  
 Am Freitag, den 30. September, abends 7,30 Uhr, findet eine außerordentliche Bezirksmitgliederversammlung bei Richard Goder, Weichselstr. 17, Ecke Westerstraße statt.  
 Thema: Stellungnahme zur Groß-Berliner Mitgliederversammlung.  
 Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist wegen der wichtigen Tagesordnung unbedingt Pflicht.

**Versammlungskalender Groß-Berlin.**  
 3. Bezirk.  
 Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstraße 24.  
 6. Bezirk.  
 Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Straße 88.  
 14. Bezirk.  
 Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Richard Goder, Weichselstraße 17, Ecke Westerstraße.  
 15. Bezirk.  
 Jeden Freitag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstraße 3.  
 17. Bezirk.  
 Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstraße 7.  
 21. Bezirk.  
 Jeden 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Otto Gebaut, Nowawes, Wallstraße.

**Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker bittet um eine Aufnahme-folgende Mitteilung:**  
 der Gemeinschaft proletarischer Freidenker findet am Sonntag, den 22. September, vorm. 10 Uhr, in der Volkshalle statt. Anmeldungen von Weibekindern können in den Kursen Montags von 5,30-6 Uhr, Jugendheim Wangelstr. 128; Dienstags von 5-6,30 Uhr, Jugendheim Neukölln Bergr. 29, oder schriftlich an den Genossen R. Zimmer, Berlin O 112, Schönebergstr. 21 und Otto-Lose, Berlin SO 26, Kottbuser Straße 15, erfolgen. Einschreibgebühr wird nicht erhoben.

**Erscheinung und i. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin O 11, Bruckerer für Arbeiter-Literatur, W. Isenhardt, Berlin O 11.**

daß die ganze Linie von unfehlbaren EKKI, von der KI diktiert war und daß alles, was davon nach links abwich, als ultralink bezeichnet wurde. Es sei nur an die Komodie mit den offenen Briefen an die Reformisten erinnert. Jetzt gibt man zu, daß eine Fortsetzung dieser Taktik überflüssig und schädlich wäre (Seite 25 a. O.). Hatte man bisher gesagt, daß bloß einzelne Führer in den reformistischen Gewerkschaften an der konterrevolutionären Politik schuld wären, so behaupten dies jetzt nur noch die Liquidatoren, wogegen die Exekutoren festgedruckt „vollkommen Verneinung des Einflusses der reformistischen Führer“ und selbständige Kämpfe durch den IAV propagieren.

Da beide Gruppen miteinander streiten, war leninistischer wäre wollen wir feststellen, daß Lenin selbst forderte, „unbedingt dort zu arbeiten, wo die Masse ist“. Man dürfe „keine Schikanen, Beleidigungen, Verfolgungen seitens der Führer fürchten“ und „sogar alle möglichen Listen, Schlauberei, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit zu leisten“. So stellt sich also Lenin zur Arbeit innerhalb der reaktionären Gewerkschaften. Und die Schaffung von Betriebsorganisationen, d. h. Arbeiterunionen, nennt Lenin „überflüssig, kindischen Unsinn“. Die jetzt von den Moskauer Filialen, also auch von der KPC propagierten Industrierverbände aufbauen zu wollen, verurteilt Lenin mit einem „Versuch, einem vierjährigen, in höheren Mathematik beibringen zu wollen“ (Alle Zitate siehe „Kinderkrankheiten“). Denn zu diesen Industrierverbänden werden

## Betrieb und Wirtschaft

### Sichende Arbeitslosigkeit Sinkende Unterstützungsziffern.

In der Woche vom 17. August stieg die Zahl der Arbeitssuchenden in Berlin-Brandenburg um 939 auf 216.197, d. h. um 0,44 Prozent, gegenüber einer Abnahme von 613 gleichviel auf Berlin mit 184.724, auf die Provinz Brandenburg mit 30.117 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 1.356 Personen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Provinz Brandenburg betrug 109.166, zusammen 130.117 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 89.621. Die Unterstützungsziffer sank in der Woche vom 12. bis 17. August um 28,8 Prozent auf 109.166 zurückgegangen, trotz steigender Arbeitslosigkeit! Die Ausgewerteten kommen dank des Herrn Gewerkschaftsbeamten Wessel nicht mehr in die „Krise“.

Im Reich stieg die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger in der Woche vom 12. bis 17. August von 710.000 auf 714.000. Die Zahl der neu hinzugekommenen Arbeitslosen ist natürlich bedeutend größer.

Die Landwirtschaft stellte weiterhin flott ein. Auch die Textilindustrie stellte ein, da sie Streikbruchwaren an englische Kundschaft liefert. Die Metallindustrie nahm Entlassungen vor. Auch die Holz-, chemische, Papier- und Lederwarenindustrie und das Schmitzstoffgewerbe haben rückwärtige Tendenz.

### Die Rationalisierung wütet.

Die Zigarettenfabrik Haus Neuenburg stellte 12 neue Maschinen in der Loserer auf und entließ dafür 200 Arbeiterinnen.

Nach amtlichen Zahlen gab es Ende April, also zu der Zeit, wo die Landwirtschaft am stärksten angespannt war, 55.997 arbeitslose landwirtschaftliche Arbeitskräfte, 38.524 männliche und 16.473 weibliche.

### Ein städtischer Musterbetrieb.

Wie der „rote“ Magistrat die Republik lehren läßt. Da die Arbeiter in der Wühlweise für die Hindenburg-Republik nicht das nötige Interesse zeigten und trotz aller Annehmlichkeiten keine Republikfeiern annehmen wollten, wurde ein Trick angewendet. Der Gartenmeister Ludewig ließ am Sonntag bei 11 Uhr arbeiten. Wer „dienen“ wollte, dem wurde die Bezahlung der restlichen 4 1/2 Stunden versprochen, andererseits wurden sie abgezogen. Um dem Lohnabzug zu entgehen, „feierten“ die Arbeiter. In der folgenden Woche wurde der Lohn für die nichtgearbeiteten 4 1/2 Stunden durch erhöhte Antreiber wieder herabgesetzt. Die Arbeiter, die die Arbeiter durch Schnaps und Freibier zur Wahl ködern, sind wenigstens so großzügig, das aus ihrer Tasche zu bezahlen. — Man kann sich daraus ein Bild machen, auf welche Weise die städtischen und staatlichen Arbeiter an Argesseleien zur Republik führen können. Es muß etwas faul stehen um die kapitalistische Republik.

### Ein Tonfilm-Monopol.

Der Tonfilm ist kaum geboren, hat aber eine große Zukunft. Er steigt gleich aus der Wiege auf eine Entwicklungstufe, die auf anderen Gebieten Jahrhunderte dauerte. Riesengiganten stehen in Aussicht. Zwei Konzerte — AEG und Siemens — haben das Monopol an sich gerissen. In der deutschen Klangfilmgesellschaft, die von AEG und Siemens zu je 45 Prozent befilmschaftlich, wird beteiligt sich noch die Polyphon A.G. mit 10 Prozent — werden die Aufnahme- und Wiedergabeapparate infolge der Patentmonopole allein produziert. Das ebenfalls von den zwei Konzernbeherrschten Tonbildsyndikat (Tobis) verwaltet über 600 Tonfilmpatente und hat dadurch das Monopol für die Aufnahme von Tonfilmen — jetzt haben die Klangfilmgesellschaft und die Tobis mit dem Deutschen Lichtbildsyndikat, in dem über 800 deutsche Lichtbildtheater vereinigt sind, eine Interessengemeinschaft abgeschlossen, die auch die deutschen Lichtbildtheater, wenn sie Tonfilme vorführen wollen, unter die Botmäßigkeit der zwei beherrschenden Konzerne bringt. Das Tonbildsyndikat läßt das deutsche Lichtbildsyndikat dadurch an dem Monopolgeschäft teilnehmen, daß es die letzten Vertrieb der Tobis-Wiedergabeapparate durchführt. Sämtliche deutschen Filmtheater werden infolgedessen ausschließlich von dem Monopolfirmen beliefert.

Der Ausbeutung des Publikums durch das neue Vertriebsmittel sind also keine Schranken gesetzt.

### 120 Prozent

62 Tote, 74 Verwundete — Amstardamer Streikbrecher und revolutionäre Taktik.

Die Bergarbeiter von Lupeni (Siebenbürgen, Rumänien) verweigern beim Streik die sog. Notstandsarbeiten. Ihnen schlossen sich die Elektrizitätsarbeiter mit derselben Taktik an. Die Arbeiter waren in einer besonderen Organisation, in einer sog. Revolutionären Gewerkschaft organisiert. Die „freien“ Gewerkschaften ständen gegen die Streikenden. Um Streikbruch durch diese zu verhindern, besetzten die Streikenden das Elektrizitätswerk. Ohne jede Verhandlung, ohne Warnung und ohne Ultimatum schloß die Soldateska das Elektrizitätswerk in Trümmer und begrub die Streikenden darunter.

Die deutsche sozialdemokratische Gewerkschaftspresse gab

## Betrieb und Wirtschaft

### Sichende Arbeitslosigkeit Sinkende Unterstützungsziffern.

den Streikenden ob ihrer „rückständigen“ Taktik die Schuld an dem Gemetzel. Jetzt veröffentlicht die Bergwerkgesellschaft, deren Tageblatt eine Zuschrift, daß die Bergwerkgesellschaft die 1924 mit einem Kapital von 400 Millionen Lei gegründet wurde, in vier Jahren 462 Millionen Lei verdient habe. Von diesem Profit wurde 1927 das Betriebskapital um 100 Millionen Lei erhöht.

**Die gesamten Geschäftskosten einschließlich der Löhne betragen in den vier Jahren nur 72 Millionen Lei!**

Jetzt muß auch die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Presse Deutschlands Stellung nehmen, um so mehr, als sich auch die Arbeiter der „freien“ Gewerkschaften solidarisch erklären. Und jetzt kommt die frei-gebe deutsche Pressekanäle mit der Verleumdung, die sie in solchen Fällen stets anwendet, nämlich mit der Behauptung, daß der Streikführer ein Polizeispitzel gewesen sei! Damit soll der Massenruhr entzündet sein.

Ob der Streikführer ein Polizeispitzel war, können wir von hier aus nicht beurteilen. Der Vorwärts muß das wissen, denn die „Freien“ in Lupeni stehen mit der Polizei unter einer Decke und werden den Leuten, die die revolutionäre Gewerkschaft delegiert haben, wahrscheinlich auch in der Absicht, das Blutgeld zu provozieren und die Streikenden mit ihrer Taktik in Mitleid zu bringen.

Ob Spitzel oder nicht, die Taktik war richtig. Die Niederlage kam nur durch den Verrat der Amsterdamer Gewerkschaften. Hätten diese Solidarität geübt, so wären die 120-Prozentigen Arbeiter sieg erzielend gewesen. Die amsterdamer „Freien“ in Lupeni sie in der ganzen Welt haben aber kein Interesse an dem Sieg der Arbeiter, wohl an dem Wölfchen des Kapitals, das von diesem ihr Existenz abhängt, die Existenz ihrer Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften gehen bei Streiks stets die „Notstandsarbeiten“ an. In angeblich die Arbeiter an der Erhaltung der Betriebe ein Interesse hätten. Wenn das zutrifft, so könnte die Arbeiter aber kein größeres Interesse daran haben als die Besitzer dieser Vermögen, ob es nun Graben, Gebäude, Maschinen oder Tiere seien. Ja, auch bei Tieren! Der selbst gequälte Arbeiter wird auch stets ein Gefühl haben für die gequälten Tiere. Seine Kinder, seine Frau und sein eigenes Vieh steht vor den Tieren. Wenn der Unternehmer die Forde oder andere Vermögenswerte durch Verweigerung der Forde oder andere Vermögenswerte nicht will, so kann sie die Arbeiterschaft nicht retten wollen, um ihre Frauen und Kinder zugrunde zu richten.

Die ganze kapitalistische Welt ist überzerrt mit Produktionsmitteln. Würden irgendwo Gruben erschaffen, Kessel verbrennen oder Maschinen zum Teufel geben, so würde das keinen Ausfall von Kohlen oder Waren bedeuten, da der Ausfall durch Produktionssteigerung von anderen Werken wettgemacht wird. Die Arbeiterschaft aber allgemein zu der Taktik der Verweigerung der „Notstandsarbeiten“ bekennen, so fallen diese Eventualitäten weg, der Erfolg wäre, daß das Kapital sofort in die Knie zucken würde. Die freigesetzten Arbeiter würden sich dem Proletariat zuwenden können, wenn es in Betriebsorganisationen organisiert ist, die es selbst in der Hand hat, und die denen es angegriffenen Belegschaften Talsolidarität bezeugen kann.

### Bücher-Ecke

**Wilhelm Liebknecht, Volksfreundvortruch.** Völlig neu bearbeitet, bereichert und vermehrt. 600 Seiten. 20. Auflage. Geb. 6,80 Mk. 1929. Neuer deutscher Verlag, Berlin W 8.

Des „alten Liebknecht“ Fremdvortruch war das für jeden Arbeiter unentbehrliche Nachschlagewerk für alle in der Tagesarbeit und in der Literatur vorkommenden Fremdschriftsteller und in der Literatur vorkommenden Fremdschriftsteller, und in kein derartiges Werk existiert, und auch in der Zeit, als es vergriffen war, fehlte ein solches. Das deutsche Proletariat verdankte den „Liebknecht“ dem Umstand, daß sie gegeben wurde. Es war richtig, daß der Verlag das Werk überarbeiten ließ unter Berücksichtigung der sich seit der ersten Erscheinung herausgebildeten marxistischen Terminologie. Die durch wurde auch die Vermehrung von Duden nicht ein gelehrt, die weitere Verbreitung im gesamten Proletariat erleichtert worden wäre. Da in dieser Vollständigkeit kein anderes Nachschlagewerk existiert und weder der „Liebknecht“ noch die wichtige Verdeutschung geben, muß der „neue Liebknecht“ noch ebenso wie der „alte“ den Arbeitern nachdrücklich zur Anschaffung empfohlen werden, sofern der hohe Preis eine solche nicht verhindert.

### Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantzer Platz 13, zu senden.

Name: \_\_\_\_\_  
 Ort: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_

Dr. Magnus Hirschfeld: Verhütung der Schwangerschaft. brosch. 1,25 Mk.  
 — \$ 297 Unzucht zwischen Männern brosch. 3,50 Mk.  
 Dr. Hodan: Woher die Kinder kommen? brosch. — 60 Mk.  
 — Deschlecht und Liebe brosch. 2,60 Mk. Leinen 5,— Mk.  
 — Sexual-Eiend und Sexualberatung Leinen 14,— Mk.  
 Maria Krusche: Die geschlechtliche Belastung der Frau und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen brosch. — 40 Mk.  
 — Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lantzer Platz 13.

auch noch einzustecken. Die Macdonaldregierung dachte aber nicht im entferntesten daran, für eine Milderung der Bedingungen des Youngplans einzutreten. Im Gegenteil, sie gefährdete ganz erheblich dieses „vorteilhafte“ Angebot der Gläubigermächte in Deutschland, indem sie mit einer enormen Hartnäckigkeit ihr Ziel durchzusetzen suchte. Sie ging dabei so weit, selbst die Haager Konferenz sprengen zu wollen. Dabei war die Differenzsumme, um die es sich handelte, ein Betrag von 48 Millionen Mark, der im Verhältnis zu dem Gesamtbudget England minimal ist. Es ging aber nicht um diesen Betrag, sondern um die bisherige Verrücktheit des französischen Kapitals bei der Regelung der Reparation zu brechen. Das englische Kapital will um jeden Preis die alte Stellung als Führer des europäischen Kapitals wiedergewinnen. Es braucht dazu vor allen Dingen eine Wiederherstellung seines Ansehens bei den kleineren Mächten, die wegen der Ueberlegenheit des französischen Kapitals auf den internationalen Konferenzen, ihre gesamte Politik auf die Zusammenarbeit mit Frankreich aufgebaut haben. Außerdem war das französische Kapital in wachsendem Umfang durch den Aufbau seiner Wirtschaft mit Hilfe der deutschen Reparationszahlungen in der Lage gewesen, einen erheblichen Kapitalexport zu betreiben. Während das englische Kapital seit dem Versailler Vertrag aus der Wirtschaftskrise nicht heraus kam und infolge Bruchlegens seiner Industrie Millionen Arbeitslose hatte, konnte Frankreich keine Arbeitslosigkeit. Es war sogar geblieben, Millionen Arbeiter aus dem Ausland hereinzunehmen, um seine wirtschaftlichen Möglichkeiten auszunutzen. In Kohle, riesigen Sachlieferungen Deutschlands, besonders in Kohle, machten es unabhängig von englischen Kohlenlieferungen, und stärkten die Konkurrenzfähigkeit seiner Eisenindustrie, die dadurch in der Lage war, den Weltmarkt so stark zu drücken, daß die Konkurrenz nur mit Verlusten Abschlüsse machen konnte. Der englischen Arbeiterregierung liegt es aber an allen Dingen daran, die englische Industrie wieder wettbewerbsfähig zu machen, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Da die französische Konkurrenz gerade durch die Bestimmungen des Youngplans gegenüber dem Dawesplan noch verstärkt wird, so begann der Kampf selbstverständlich in der Richtung, Verbesserungen der englischen Situation in bezug auf die Verringerung des französischen Dumpings zu erzielen. Daß die englische Arbeiterregierung sich diese Aufgabe stellt, ergibt sich ohne weiteres aus ihrer starken Bindung und Verbrämung mit dem Industriekapital. Die vor den Wahlen herrschende Kapitaltschicht, das Bank- und Handelskapital, hatte ein weit zögerlicheres Interesse an diesem Vorhaben, weil seine Profitmöglichkeiten mehr auf dem Gebiet der kolonialen Ausbeutung lagen. Für es war aus demselben Grund das Arbeitslosenproblem auch nicht zentral. Daher war es in der Lage, dem französischen Kapital ohne Abtrag seiner Interessen Konzessionen machen, zumal es bei ihm Unterstützung in seinen imperialistischen Tendenzen fand. Der Preis, den es zahlte, waren die militärischen Abkommen, insbesondere das englisch-französische Flottenabkommen, das seine Spitze hauptsächlich gegen Amerika hatte. Nachdem durch den Druck des amerikanischen Kapitals diese Abkommen annulliert werden mußten, war der französische Kapitalwert ohne jeden Wert für das gesamte englische Kapital geworden. Es trat sich daher sehr zu, daß ein Wechsel in der englischen Partei- und Herrschaftskonstellation eingetreten war, der dem englischen Kapital ermöglichte, das unvorteilhaft gewordene Geschäft wieder zu liquidieren. Die Macdonalds Arbeiterregierung wurde so zum Retter aus der Not und füllte sich so wohl in der Rolle des Retters der englischen Nation, daß sie der armen deutschen Sozialdemokratie trotz der 2. völkerverbindenden und völkerverbindenden Internationale die größten Schwierigkeiten in ihrer Rettungssache für das deutsche Kapital machte. Die deutsche Sozialdemokratie hatte gerade ihre größten Hoffnungen auf die Unterstützung der englischen Genossen gestellt und glaubte,

daß gerade durch die englische Delegation eine reibungslose Annahme des Youngplans garantiert würde, zumal da die englische Sozialdemokratie sich immer in starkem Maße für die Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen einsetzte und eine möglichst schnelle und günstige Liquidierung des Weltkrieges und der übermäßig belastenden Bedingungen des Versailler Vertrags einsetzte hat. Sie mußte geradezu zu einer Rückkehr des Dawesplans führen und daß der französische Kapitalist zum Verteidiger der deutschen Interessen wird. Allerdings tritt die englische Delegation im Gegensatz zu Briand für die sofortige Räumung der Rheinlande ein. Dieses Zugeständnis ist für das englische Kapital sehr billig, weil die Besetzung der Rheinlande ausschließlich dem französischen Interesse dient. Es ist auch keineswegs von einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung für das deutsche Kapital und bildet mehr eine Prestigefrage. Dagegen ist der Youngplan und sein rechtzeitiges Inkrafttreten für das deutsche Kapital außerordentlich wichtig, weil augenblicklich die höhere Belastung durch den Dawesplan bei der bestehenden Krise sich zu einer Katastrophe auswachsen könnte. Es fürchtet, daß eine noch schlimmere Situation wie in den Malagen eintritt, weil die Herabsetzung der deutschen Schuld und die politische Labilität dann nicht von seiner eigenen Stellung, sondern von der Haltung des englischen Kapitals abhängt. Die Gegner des Youngplans innerhalb des deutschen Kapitals sind über diese Wendung begeistert, weil dadurch der Barot von der bisherigen Erfüllungspolitik besiegt würde. Snowden und Seemann — die englische Sozialdemokratie — verrät die deutschen Genossen der Völkerverband ist auseinandergerissen. Die Entente zerfällt bruchlos zusammen. — Das deutsche Kapital wittert Morgenröten. Es glaubt an ein Wiedererwachen des deutschen Imperialismus. Es glaubt an die Massen der Sozialdemokratie auch kein anderer Ausweg gegenüber dem Druck der Dawesplan als der Krieg bleibt. Kein Volksbegehren ist mehr notwendig, um die für den Krieg erforderliche Stimmung zu entfachen. Die Gegensätze zwischen den einzelnen Schichten des deutschen Kapitals und der positiv zum Staat eingestellten Arbeiterschaft sind so durch die Uneinigkeit innerhalb der Feindstaaten aufgehoben. Die Einheitsfront von Westarp bis Breitscheid ist von außen dem deutschen Volk aufgezwungen.

Dieser Jubel der Rechtspreußen über die Niederlage der Sozialdemokratie und ihrer Koalitionsgenossen ist verständlich. Die sozialdemokratische Internationale ist zum zweiten Mal nach dem denkwürdigen 4. August 1914 diesmal durch die englischen Genossen auseinandergebrochen, die mitten im Frieden durch ihren Chauvinismus alle Ideale des völkerverbindenden Pazifismus bei Seite geschoben haben. Den englischen Sozialdemokraten ist es gleichgültig, ob die deutsche Arbeiterschaft die verstärkten Lasten des Dawesplans tragen soll oder nicht und zwar wegen eines lumpigen jährlichen Betrages von 48 Millionen Mark. Snowden und Briand erklären das nicht als „höchste Schmach“, sondern Packpapier, das bis zum 1. September erledigt werden muß. Die Arbeiter in der Kraft. Sie genieren sich nicht, im Namen der Arbeiter der feindlichen Nation neue Erpressungen an der deutschen Arbeiterschaft auszubringen, um die Einigkeit der Gläubigermächte anzuzuzwingen. Die Genossen erpressen die Genossen auf Geheiß ihrer kapitalistischen Auftraggeber. Besser kann gar nicht der Beweis geführt werden, daß die zweite Internationale eine Verbindung von Nationalisten darstellt, die nur soweit zusammengehen, als es ihnen ihr Kapital gestattet.

Die Liquidierung des Weltkrieges durch das internationale Kapital und die internationale Sozialdemokratie, das deutsche Proletariat hat nicht das allergeringste Interesse und auch keine Veranlassung, mit der Sozialdemokratie auf die Beilegung des Konflikts zwischen den Gläubigermächten zu rechnen und jeden Tag zum lieben Gott zu beten, daß er den

entstand jedesmal eine Panik, weil die Massen dachten, die Polizei habe zu schießen begonnen. Auf dem durch Seite abgegrenzten Platz standen vier Leichenwagen und mehrere Limousinen, die höchstens Schmach, sondern Packpapier, das in einem der Autos saßen, waren die Köpfe der Kinn- und Vanzettis Schwester. Vor und neben den Leichenwagen ritten Beamte der Staatspolizei — die „Kosaken“ —, um darauf zu achten, daß der Zug den vorgeschriebenen Weg einhält. Hinter den Särgen führten mehrere offene Autos mit Blumen und einigen Wagen mit Leitdrängen, darunter Cornelia Thorneil.

Die Behörden hatten die Zahl der Personen, die an dem Leichenbegängnis teilnehmen durften, nicht beschränkt; aber mit Rücksicht auf die moralische Wirkung wagen sie nicht, sie zu groß werden zu lassen. Infolgedessen war der ganze Marsch eine Reihe von Kämpfen zwischen jenen, die entschlossen waren, mitzugehen, und der Polizei, die versuchte, sie auseinander zu jagen und in Seitenstraßen abzurufen. — selbst wenn auf Kosten einiger Menschenleben. Die Mitglieder des Komitees und die Freunde der Verteidigung trugen rote Armbinden mit der Aufschrift: „Gedankt der geknechteten Gerechtigkeit, 22. August 1927.“ Die Träger dieser Armbinden wurden das Ziel der wütendsten Attacken. Fünftausend Menschen schlossen sich dem Zuge an. Auf dem Sealy-Platz ritten berittene Polizisten mitten in die Menge und versuchten, eine Sperre über die Straße zu ziehen, um die Hauptmasse des Zuges abzulenken. Die Massen wichen nach allen Seiten aus und versuchten durchzuschlüpfen. Die Polizisten schlugen mit Knütteln drein, spürten die Pferde an und trampelten Mühen. Es war für sie aber die Trauernden waren wie rasend: Es war für sie die letzte Gelegenheit, ihrem Abscheu vor diesem Verbrechen und ihren Verbrechen, die es begangen hatten, Ausdruck zu verleihen. Immer wieder führten sie die Sperre und wieder niedergebunden oder in die Ladentüren geprellt. Die jüngeren und Flinkeren jagten um die Häuserblocks, um den Zug weiter vorne einzuhaken.

Die Leichenwagen fuhren durch die Tremont-Street weiter und kamen zur Park-Street an der Ecke des Common-Parks, wo das Gebäude mit der goldenen Kuppel weithin sichtbar auf dem Hügel thront. — Durch die Beacon-Street und am Regierungsgelände vorbei marschieren zu dürfen, war ein Traum der Freunde Saccos und Vanzettis gewesen. Um sie an der Verwirklichung dieses Traumes zu hindern, hatte die Polizei nicht nur eine dicke Kette von Lastautos quer über die Park-Street hingebaut, sondern überdies noch einen Trupp Arbeiter herangeholt und in einzelnen Teilen der Straße das Pfister aufreihen lassen. Die Arbeiter standen da und betrachteten das Schauspiel; bis die Leichenwagen und die Massen vorüber waren. Dann brachten sie das Pfister wieder in Ordnung.

Gläubigermächten Einseitigkeit von der Lage der deutschen Arbeiterschaft geben möge. Der Dawes- und der Youngplan ist eine ungeheure Ausbeutung der Arbeiterschaft. Welche Lasten auch dem deutschen Kapital von der Entente auferlegt werden, sie werden auf es rücksichtslos abgewälzt. Was der Youngplan vorläufig an Minderleistungen bringt, nimmt das deutsche Kapital für sich in Anspruch. Es vermindert deshalb nicht um ein Haar die Ausbeutung der Arbeiterschaft. Den durch die imperialistischen Gegensätze drohenden Krieg fürchtet es nicht. Es wird verstehen, ihn zu einer Rev. Aktion umzuwandeln, die dem deutschen Kapital den Lebensodem ausbläst. Die Fortsetzung der „friedlichen“ Ausbeutung mit Unterstützung der Sozialdemokratie ist keine Besserung seiner Lage. Selbst eine soziale Besserung um einige Prozent bildet keine Notwendigkeit zur Aufgabe des Klassenkampfes und Unterwerfung unter die augenblicklich herrschende Kapitaltschicht, für die es dann gilt, mit Proletariat über die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Mag sich das Kapital untereinander zerfleischen, das Proletariat hat nur die Aufgabe, den für es in dieser Situation günstigsten Moment zur Übernahme der Macht für sich zu ergreifen. Diesen Moment gilt es zu erfassen.

### Sozialistische Rundschau

#### Das Dollarkapital plant neue Mord

Kaum sind es zwei Jahre her, daß die Justiz des Dollarkapitals an Sacco und Vanzetti ein Exempel statuierte. Das Kapital brauchte die Leichen — um die revolutionäre Arbeiterbewegung einzuschüchtern. Der ungeheure Druck, der auf die amerikanische Arbeiterschaft lastet, hat aber das Gegenteil bewirkt. Der Mord an den beiden Revolutionären hat an den Grundfesten des Ausbeutungssystems mehr geschlagen als ihre revolutionäre Propaganda. Das ist der Grund, weshalb die USA-Schandjustiz von neuem in revolutionäre Arbeiter verhaftet hat und ihnen nach dem Leben trachtet. Alles was den Verhafteten nachgesagt werden kann, ist, daß sie sich in dem Streik von Gastonia als Wortführer bemerkbar gemacht haben, die Minister kapitalistischer Senaten, Pirämeninhabern und Anwärtern die Türe weisen kann.

Das deutsche Proletariat darf nicht erst wieder mit seinen „Protesten“ kommen, wenn die Klassenkämpfe elektrisch verbrannt sind. Es muß vorher seine Vorbereitungen treffen, um den Justizmördern durch Massenaktionen in die Arme zu fallen. Voraussetzung dafür ist, daß das Proletariat Organisationen hat, die es exzessiv selbst in der Hand hat. Derartige Massenaktionen kann es nur ansetzen, wenn die Belegschaften in revolutionäre Betriebsorganisationen zusammengefaßt sind, die die Minister kapitalistischer Senaten, Pirämeninhabern und Anwärtern die Türe weisen kann.

#### Die „Unparteilichen“

In Nr. 194 der „Fleischer-Verbandszeitung“, dem Organ des örtlichen Fleischer-Verbandes, gibt der Vorsitzende des Berliner Arbeiters, Antisemitismus Dr. Robling den Unternehmern Ratschläge, wie sie die Arbeiter um die Tariflöhne prellen können, wenn diese sich mit einem „Verzicht“ einverstanden erklären. Die Leute bahnen sich ihren Weg zu dem Tarifvertrag abgeschlossen hat, so wird man seine Kenntnis vom Tarifvertrag und den Tariflöhnen vermuten können, so daß er meines Erachtens seine Nichtkenntnis zu beweisen hätte.

„Bescheinigt der Geselle bei der Entlassung, nachdem er ausdrücklich darauf hingewiesen ist, daß er keine weiteren tariflichen Ansprüche mehr hat, so liegt ein ausdrücklicher Verzicht vor. Gefährlicher ist dagegen die Bescheinigung im Lohnbuch, die an jede jeder Lohnwoche wiederholt wird, daß er für die vergangene Lohnwoche keine weiteren Ansprüche mehr habe.“

Das sind die „Unparteilichen“, die in Wirklichkeit die Urteile und die Schiedssprüche fällen, auf die sich die Arbeiter auf Geheiß der Gewerkschaften schon vorher festlegen müssen.

### Sozialismus

#### Der soziale Mann erweist — der Arbeiter ausbeuten

Die Wirtschaftsleistung „Ruhr und Rhein“ das Organ der verschiedenen Industriellenorganisationen, der Handelskammer von Bochum, Dortmund usw. bringt einen wohlwollenden Artikel über den „Sozialismus“ in Deutschland, der auch Interesse für die Arbeiter hat. Wir bringen ihn deshalb in seinen wesentlichen Teilen zum Abdruck.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Sozialismus in Deutschland tritt in verschiedener Weise in Erscheinung.

#### Die Parteinormalisation

Was zunächst die sozialdemokratische Parteinormalisation angeht, so kann man das Parteivermögen zurzeit auf rund 40 Millionen Mark bei 13-15 Millionen Mark jährlichen Beitrag schätzen. Im letzten Jahre sind 120.000 neue Mitglieder aufgenommen worden, wobei wesentlich ist, daß allmählich der Arbeiteranteil in der Mitgliedschaft zugunsten des Anteils der Beamten und Angestellten sich vermindert; den sozialistischen Einfluß nach außen haben auch dem Organisationsbericht des Magdeburger Parteitages.

#### In 1214 Städten 7662 sozialdemokratische Stadterordnete und in 8152 Gemeinden 31.348 sozialdemokratische Vertreter aus neben 889 Bürgermeistern, 897 Gemeindevorstehern, 821 Stadträten usw.

die eingeschriebene Mitglieder der SPD sind und deren Zahl allein seit 1926 sich um mehr als 23 Prozent erhöht hat. Die Einstellungen darüber, wie viele Reichs- und Staatsbeamte eingeschriebene Mitglieder der SPD sind bzw. ihre Beamtenangehörigkeit der sozialistischen Mitgliedschaft verdrängen, sind nicht möglich.

#### Die Gewerkschaftsorganisation

Die mit der sozialdemokratischen Partei in enger Verbindung stehenden freien Gewerkschaften berichten für das vergangene Jahr von einem Mitgliederzuwachs von 451.253 (= 10,2 Prozent) bzw. von einer Gesamtmitgliedszahl von 4.866.926. Die vier Verbände haben im Jahre 1928 Mitgliederertrag erlitten; die übrigen Verbände jedoch keinen. Die Mitgliederzunahme zwischen 1.9.1927 und 1.8.1928 verzeichnet: Die stärkste Organisation des ADGB ist nach wie vor der freie gewerkschaftliche Metallarbeiterverband mit 944.310 Mitgliedern; dann kommt der Bauarbeiterverband mit rund 477.000 der Bauarbeiterverband mit 458.000, und der Verkehrsverband mit 390.000 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen der Verbände des ADGB sind im vergangenen Jahr nicht wesentlich gestiegen; einschließlich der Zinsen für Bankguthaben usw. stellten sie sich 1927 auf 182,25 Millionen, 1928 dagegen auf 221,66 Millionen Mark; auf den Kopf des Mitgliedes haben sich die Beiträgeinnahmen von 40,87 Mark im Jahre 1927 auf 44,02 Mark im vergangenen Jahr erhöht. Insgesamt dürften die freien Gewerkschaften rund 8-9.000.000 Mitglieder, 100.000 Werkstätten, 100.000 Beamte, Sekretäre usw. beschäftigen, außer den mehreren 1000 ehrenamtlichen Vertrauensleuten, Kassierern und so weiter.

#### Die sozialistischen Konsumvereine

Der Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften hatte im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von 104 Millionen Mark (gegenüber 881 Millionen Mark im Vorjahr), von dem über 300 Millionen Mark auf Erzeugung in eigenen konsumgenossenschaftlichen Betrieben entfielen; an Reinertrag sind 53 Millionen Mark ausgewiesen worden. Der Eigenkapital von 177 Millionen Mark, Reserven von 48 Millionen Mark, Immobilien von 171,2 Millionen Mark (1924 erst 81 Millionen Mark). Warenbestand von 115 Millionen Mark, Spareinglagen von 252 Millionen Mark usw. Beschäftigt wurden insgesamt 50.000 Personen. Die den Zentralverband angehörenden Gewerkschaften sind ohne sie, d. h. ohne die sozialdemokratische Existenz, Gedankenwelt der Arbeiter wäre das kapitalistische Produktionsystem 1919 aufgehoben worden.

Im Bereich der Organisation sind im vergangenen Jahr 15.000 Menschen in den Organisationsstellen leben rund 15.000 Menschen und deren Familien. Dazu kommen die tausende Parteilager in Reich, Staaten, Provinzen, Kreisen und Gemeinden. Zehntausende sitzen in den Magistraten, Krankenkassen, Konsumvereinen, Arbeitsvereinen, Bodeanstalten; Zehntausende sind Anwärter auf diese Stellen. Das ist der Kern der sozialistischen Bewegung. Das Proletariat wird aber durch die Monopolisierung des Kapitalismus und seine fortschreitende Verelendung gezwungen werden, zu erkennen, daß dieser „Sozialismus“ nicht die Lösung der sozialen Probleme ist. Die Sozialdemokratie nicht fest verankert und nicht organisiert, als der wilhelminische Militarismus. Und der ging in Trümmer, wenn es auch vier Jahre dauerte.

auf die Konsumgenossenschaften ist der vierfache überlichen Bezugsvermögen nur ein Gesamtvermögen von rund 30 Millionen Mark entfällt.

#### Die „Arbeiterbank“

Die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ (die sogenannte „Arbeiterbank“) hatte Ende 1928 an Einlagen rund 125 Millionen Mark (Anfang 1923 nicht einmal 10 Millionen Mark); sie unterhält eine ganze Anzahl von Filialen und Zahlstellen; ihr Umsatz betrug 1928 fast 2000 Millionen Mark; an Dividende sind in den letzten Jahren durchschnittlich 10 Prozent gezahlt worden; die Führung der Geschäfte geschieht nach rein „kapitalistischen“ Grundsätzen. Die „Arbeiterbank“ pflegt vornehmlich die gewerblichen Kleinrentner, städtischen und kommunalen Stellen usw. Unter ihrer unmittelbaren Kontrolle bzw. in ihrem Eigentum stehen die „Gehag“-Baugesellschaft, der Verband sozialer Baubetriebe, die „Lindcar-Fahrerwerke“ (mit einer Tagesleistung von 600 Fahrrädern), die Bureaubedarfs- und Papierhandlungsgesellschaft, die Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge, mehrere Verlagsanstalten usw.

#### Die Versicherungswirtschaft

Auf der 16. Ordentlichen Generalversammlung der „Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgenossenschaft, einen von den sozialistischen Konsumvereinen und Gewerkschaften ins Leben gerufenen Unternehmen, wurde mitgeteilt, daß die Versicherungswirtschaft im vergangenen Jahr anträge im Jahre 1928 550.000 betrug. Der Versicherungsertrag ist um 41,7 Prozent auf 1.471.000 Polizen, die Gesamtversicherungssumme um 450 Prozent auf 581 Millionen angewachsen. Die Einlagen der Mitglieder haben sich um 55,4 Prozent auf 26,7 Millionen Mark erhöht. Das Vorjahr betrug 1927 17,8 Millionen Mark. Die Beiträge im Jahre 1928 57 Millionen Mark und ist gegenüber dem Vorjahre um 62 Prozent angewachsen. Das Vermögen beträgt jetzt bereits 60 Millionen Mark.

#### Sozialistischer Wohnungsbau

Über die Entwicklung der Bauhelferbewegung, deren Spitzorganisationen der Verband sozialer Baubetriebe mit einem Stammkapital von 4 Millionen Mark, gibt Aufschluß ein Bericht vom Jahre 1928 die Beschäftigtenzahl im Durchschnitt auf 18.700 betrug und daß die Umsätze sich auf rund 121 Millionen Mark beliefen (1924 erst 13.600 bzw. 41 Millionen Mark).

#### Der sozialistische Pressekonkern

Auf die Presse hat der Sozialismus durch die Veröffentlichungen von 196 sozialdemokratischen Zeitungen, deren Gesamtzahl hoch in die Millionen geht, starken Einfluß; allein im letzten Jahre sind fünf neue Parteitagsblätter ins Leben gerufen worden; alle Zeitungen werden bis auf acht in eigenen Druckereien hergestellt. Diese Zeitungen bilden nicht nur die „Konzentrations-A.G.“ wirtschaftlich fest zusammengeschlossen. Im Jahre 1927 hatten diese Zeitungen eine Bilanzsumme von 47,57 Millionen Stammkapital; allein die Grundstücke standen auf 2,5 Millionen Mark, die Maschinen mit 7,6 Millionen Mark zu Buch. Jede dieser Zeitungen ist verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Ueberschüsse an die Partei abzugeben. Zu den Parteitagsblättern kommen noch die gewerkschaftlichen Wochenblätter, Fachzeitschriften usw. Die Presse der freien Gewerkschaften hatte im vergangenen Jahr einen Gesamtumsatz von 1927 eine Gesamtjahresaufgabe von über 200 Millionen Mark; in der freigebergschaftlichen Zeitschrift „Die Bergbauindustrie“ wird festgestellt, daß diese Presse „unbestritten die größte Pressemacht Deutschlands“ darstellt.

Der „Vorwärts“ bringt das ohne Kommentar. Er freut sich aber in einer Kopfnote darüber, daß das Kapital den „Sozialismus“ der Sozialdemokratie besser zu würdigen vermag als die Arbeiter. — Natürlich. Denn das Kapital verankert die Sozialdemokratie und der Gewerkschaften seine Existenz. Ohne sie, d. h. ohne die sozialdemokratische Existenz, Gedankenwelt der Arbeiter wäre das kapitalistische Produktionsystem 1919 aufgehoben worden.

Im Bereich der Organisation sind im vergangenen Jahr 15.000 Menschen in den Organisationsstellen leben rund 15.000 Menschen und deren Familien. Dazu kommen die tausende Parteilager in Reich, Staaten, Provinzen, Kreisen und Gemeinden. Zehntausende sitzen in den Magistraten, Krankenkassen, Konsumvereinen, Arbeitsvereinen, Bodeanstalten; Zehntausende sind Anwärter auf diese Stellen. Das ist der Kern der sozialistischen Bewegung. Das Proletariat wird aber durch die Monopolisierung des Kapitalismus und seine fortschreitende Verelendung gezwungen werden, zu erkennen, daß dieser „Sozialismus“ nicht die Lösung der sozialen Probleme ist. Die Sozialdemokratie nicht fest verankert und nicht organisiert, als der wilhelminische Militarismus. Und der ging in Trümmer, wenn es auch vier Jahre dauerte.

#### Ist Teddy drant?

##### Der Kampf um Moskauer Fleischhöfe in der Berliner KPD-Zentrale.

In der KPD-Zentrale sind, wie der durch seine Spitzel stets autorisierte, „Sozialdemokrat“ erklärt, die heftigsten Fraktions- und Claquekämpfe im Gange. Es geht nicht um anderes als um die Besetzung Thälmanns. Dessen sind es nicht die „Rechten“ und „Versöhnlern“, die Teddy das Genick brechen wollen, sondern seine bisherigen intimsten politischen Freunde, die Heinz Neumann und Kimmle. Diese treten nach ihrer Rückkehr von der Moskauer Ekkliziation als unumschränkte Herren und Gebieter im Karl-Liebknecht-Haus auf und versetzen Thälmanns Anhang durch Massenindignation in Angst und Schrecken.

Zunächst begann der Säuberungsprozess im Reich, wo die Neumann-Remelle längst ihre Anti-Thälmann-Fraktion aufgezogen haben. In der Essener Bezirksleitung sind bereits die ersten Thälmann-Leute in Bode gewirkt. Die Thälmann-Fraktion zieht nun seine Fraktion zusammen, um zur Entscheidungsschlacht um die Stalinschen Pränzen anzutreten. — Auch in Berlin sind schon eine ganze Anzahl besoldeter Funktionäre, die keine Woche im Reich sind, nicht anders als in den Sozialvereinen vertreten konnten, hinaus geschleppt. So der Feuilletonredakteur der Roten Fahne Otto Stolfinke (Havellock), der einzige Mensch im KPD-Zentralrat, dem man trotz aller Spitzelberichte die Gewissensfreiheit und ein gewisses Wissen und Können nicht abstreiten konnte.

Bekanntlich hatte Teddy seinen Empauerer Heinz zum Tempel hinauszuweisen. Stalin setzte ihn wieder ein. Jetzt bekommt Stalin wieder einen Thälmann, der die Rechte der Geprügelten zu spüren und wird selbst geprügelt. Die Moskauer Gelder reichen nicht mehr aus, den großen Troß von Strohköpfen zu ernähren. Die KPD ist durch die Claqueurverträge, die durch seine Schwelmerparolen noch einigen Anhang indifferenter abwechselnd auf die Beute zu bringen vermag.

#### Heinz Neumann ein Lockspitzel?

Das Organ der KPD-Opportunisten gegen Thälmann in Hessen, das „Vorsprecher“, beschäftigt sich kritisch mit der Politik des von Heinz Neumann geleiteten Zentralkomitees der KPD und kommt dabei zu diesen Schlussfolgerungen:

„Ein Zentralkomitee einer kommunistischen Partei kann angesichts der Brandt faschistischen Gefahr nicht eine solche Politik betreiben, wenn dort Leute sitzen, die sich nicht nur als Kommunisten, in Wirklichkeit aber bezahlte agenten provokateurs sind. Daß sich Spitzel auch in die höchsten Stellen der revolutionären Arbeiterbewegung einschleichen können, ist aus der Geschichte bekannt. Auch in der bolschewistischen Partei der Vorkriegszeit ist es erst nach vielen Jahren gelungen, einen solchen agent provokateur zu entlarven und ihn aus dem Parteizentrum zu entfernen. Hier wird ein solcher Fall vor uns aufgedeckt. Da die Arbeiter der KPD kein Recht haben den Dingen auf den Grund zu gehen, wird die Frage solange ungelöst bleiben, bis sie erkennen, daß der Spitzel nicht nur den Teddy und Heinz, sondern auch der Opposition bis an den Hals reicht.“

#### Nationalitätenkämpfe in Palästina

In Palästina werden seit reichlich einer Woche blutige Schlachten zwischen Arabern und Juden ausgefochten. Das Londoner Kolonialamt veröffentlicht einen Bericht des stellvertretenden Oberkommissars für Palästina über die Lage am Sonntagmorgen; darin wird die Altstadt von Jerusalem herrsche zu der angegebenen Zeit Ruhe, aber in dem neuen Viertel fielen gelegentlich Schüsse zwischen passierten, sprechen schon am 26. und 27. August in der vierten und Vorstädten von Jerusalem, die jüdischen Plünderungen und Gewalttätigkeiten. Die jüdische Garnstadt Talpith, nahe der Eisenbahnstation, ist von den Einwohnern verlassen geräumt worden. In Hebron, griff am Sonntag ein arabischer Pöbelhaufen das Weite Judenviertel an. Sowohl Tote und Tausende Verwundeten. Das englische Militär geht gegen die Araber mit Plunzen vor, wobei nach dem Londoner „Daily Express“ „aus Versehen“ 11 jüdische Dörfer vernichtet wurden, was 73 jüdische Tote und Verwundete kostete. In Jerusalem sind laut Bericht des von dem Blatt nach Palästina gesandten Berichterstatters ganze Stadtviertel durch Feuer und Explosionen vernichtet. In der Hauptstadt richten die Araber die Zerstörungen auf die Zentren und den Organisationsstellen, weil dies ihre Meinung nach sind, die die jüdischen Land bringen und ihnen den Besitz streitig machen. Im Angesicht der Drucklegung der Zeitung rücken in Palästina größere englische Truppenmassen ein; aber auch die Araber sind zu vielen Tausenden im Ammarsch.

Der englische Imperialismus treibt mit Palästina sein altes verbrecherisches Spiel, wie es seine Annektionsmethode in allen Kolonialländern war, die er sich jeweils als Ausbeutungsbetrieb aussuchen hat. Um die Juden auf der ganzen Welt auf seine Seite zu bringen, verspricht der englische Militarismus während des Weltkrieges den Juden Palästina als Siedlungsgebiet. Die Juden betrachten seit der biblischen Zeit Palästina als ihr Heimaland. Die Juden sind aber seit Jahrhunderten von Arabern bevölkert, die es ebenfalls als ihre ureigenste Domäne betrachten. Da sich die Araber gegen die englische Annektion, Ausbeutung und Unterdrückung seit Jahrzehnten wehren, hat die englische Regierung in England und in Palästina Feld und Schandmalen kosten, wendet es nun schamlos Trick an, Palästina (das den Arabern gehört) den Juden zu „schenken“. Die Juden sind so ungewohnt zur englischen Kolonialpolitik, daß sie der englischen Sozialdemokratie in dem Kampf gegen die Araber zu unterstützen. Sollte es je so weit kommen, daß die Juden in Palästina die Mehrheit bekommen und das Land resp. die politische Macht darin beanspruchen, werden sie von England ebenso behandelt werden wie bisher die Araber.

#### Osterrösch

##### Ein Erfolg der österreichischen Arbeiter.

Wien, 28. August 1929.

Der Zusammenstoß zwischen dem Republikanischen Schutzband und der Heimwehr in St. Lorenzen ist seit der Niederlage am 15. Juli der bedeutsamste Erfolg der österreichischen Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus. Heimwehren sind in vielfacher Ueberzahl eine sozialdemokratische Versammlung in St. Lorenzen und wollten sie auseinanderprügeln. Da sie mit Recht in der Sozialdemokratie eine Partei kasirierten, wurde ihnen ein gewisses Maß an Respekt entgegengebracht. Die Heimwehren erlaubten sich nicht, einen bewaffneten Widerstand. Sie nahen daher größtenteils keine Waffen mit, sondern gedachten mit Prügel, Spaten und ähnlichen Heil- und Schläginstrumenten auszukommen. Die Schutzleute haben sich gegen den Faschismus nicht nur passiv, sondern vollständig unbefähigt, zu ihrer persönlichen Sicherheit einen Revolver einzusetzen — eine Art der Bewaffnung, die sich bei ersten Zusammenstoßen als sehr minderwertig erweisen würde. Wenn wir nicht ein gewisses Maß an Respekt entgegengebracht, in ihrer Bedrängnis griffen nun die Ueberfallenen natürlich zu den Revolvern und schossen auf die bezahlten Strolche, die davonliefen, da ihnen ja ihr Leben um fünf Schilling nicht feil ist, sondern nur das der anderen. Gerechtigt durch den Verlust des 15. Juli warteten die Arbeiter nicht, bis die Gegenwehr mit Gewehren und Maschinengewehren wiederkamen, um sie niederzumachen, sondern führen rechtzeitig ab, so daß die Mehrzahl der Verletzten und damit die Niederlage auf der Seite der Heimwehr blieb. Der Faschismus und mit ihm die gesamte Klassenbewegung Bourgeoisie Oesterreichs heulte auf über diese Schlappe und über das deutlich werdende Sich-Emporecken proletarischer Kraft. Groß wurde gerufen findet die Sozialdemokratie. Sogar die KPD hat sich ein gewisses Maß an Respekt entgegengebracht, es wagen, unser Land in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln! Die Bürgerkriegsschritte sollen es wagen, die Hand an die Verfassung der Republik zu legen! Und das Volk von Wien wird nicht ein gewisses Maß an Respekt entgegengebracht, die Arbeiter zu Brei schlagen! Schließlich geht es ja um alles, Gewerkschaften, Städte, Gemeinde, Arbeiterbank, Stafa, Steve, Zentralparisse, Pärtliche Versicherung, Krankenkassen, „Die Flamme“, Millionen Bonzenprüdler — in der Schweiz den „Autonarratzen“ herausgeben wird nicht so einträglich sein — man möchte vielleicht ganz gern ein bißchen kämpfen, aber wie? Es ist ja nicht so leicht, das zu Brei schlagen, wenn man zuerst ein gewisses Maß an Respekt entgegengebracht, die Arbeiter nur in den imperialistischen Krieg miteingetragen hat, um sie in Bürgerkrieg selber niederzuschlagen. Vielleicht kann man von Zankoff und Horthy die Waffen zurückgeben, da man ihnen ein gewisses Maß an Respekt entgegengebracht, das sozialistische Wiener Arsenal geliefert hat? Vielleicht lassen die Bruderparteien in Deutschland und England mit sich reden? Die hauptsächlichsten Protektoren des österr. Faschismus sind ja Deutschland und England, die Länder mit sozialdemokratischer Regierung. Sie werden sich nicht weigern zu schreiben. — Wieviel also von dem Abwehrkampf der Sozialdemokratie nicht viel zu erhoffen ist, besteht die Aussicht, daß die österreichische Arbeiterschaft sich allmählich ihrer Kraft bewußt werden und den Faschismus zurückdrängen wird, bis das Proletariat sich in ganz Europa erheben und die Banditen zu Brei schlagen wird — trotz und einschneidlich der sozialdemokratischen Führung!

# Betrieb und Wirtschaft

## Der DMV organisiert Streikbrüche

Die Berliner Rohrlager sind in Lager gespalten. Ein Teil, der sich mit dem früheren aus dem DMV auszuscheiden, hat sich in der Vergangenheit solidarisch erklärt, hat sich in der Vergangenheit solidarisch erklärt, hat sich in der Vergangenheit solidarisch erklärt...

Das scheint indes noch nicht gezogen zu haben, denn am 24. August wiederholte der Vorwärts die Aufforderung zum Streikbruch unter einer Balkenüberschrift. Er schreibt: „Es ist bestimmt anzunehmen, daß die Mitglieder der Vereinigung auf den Baustellen versuchen werden, die verbandstreuen Rohrlager und Helfer durch Terror zum Anschluß an die Streikbewegung zu zwingen. Die Branchenleitung erwartet von den Verbandstreuen, daß sie dem Gefolge der Rohrlager nicht das Feld räumen, sondern zu dem von der Organisation festgelegten Tarifbestimmungen weiterarbeiten.“

Mit der DMV-Mehrheit scheint es also nicht zu stimmen, was man auch wohl daraus schließen kann, daß die zweite Versammlung der DMV-Rohrlager am 28. August in den Stimmzettel des DMV-Verbands einbezogen war. Es wäre noch interessant zu erfahren, ob die Verhandlung „veranlassen wird“, daß die dem DMV angehörenden Streikenden Arbeitslosenunterstützung bekommen, während sie alle anderen Streikenden immer verweigert wird.

Deutlicher wie klar können sich die Gewerkschaften nicht als Streikbrücheorganisation kennzeichnen. Die Berufung auf die Vertragsstreue der Unternehmer kann sich der Vorwärts nur leisten, weil er wohl annimmt, daß seine Leser — abgesehen von den hundert Vertragstreuen der Unternehmer — schon den Angriff der schlesischen Textilunternehmer vergessen haben, die trotz Tarifvertrag aussperrten, hunderte Arbeiter nicht wieder einstellen, den übrigen die Löhne kürzen und die Arbeitsbedingungen verschlechtern, weil die Situation ihnen günstig war. Für die Rohrlager aber ist jetzt die Zeit günstig, wo die Bauten der Vollendung entgegengehen.

## Die Schlichtungsgesetze

Vor dem Frankfurter Schlichtungsausschuß fand eine Schlichtung statt, in der über die Arbeitszeit in der Metallindustrie von Frankfurt am Main und Umgegend verhandelt wurde. Die Gewerkschaften hatten den Tarif gekündigt und die Herabsetzung der Arbeitszeit von 51 auf 48 Stunden beantragt. Die Unternehmer verlangten die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 53 Stunden. Der Schlichtungsausschuß fällte einen Schiedsspruch, wonach die gegenwärtige Arbeitszeit bestehen bleibt und erst im August 1930 gekündigt werden kann. Wie der Vorwärts mitteilt, werden die Metallarbeiter in den Schiedsspruch unter den 40.000 Arbeiter fallen, abnehmen. Herr Wissel aber wird ihn verbindlich erklären, und die Arbeiter werden es den Gewerkschaften glauben, daß für sie ein Sieg errungen wurde, weil ja die 53-stündige Arbeitswoche abgewehrt wurde.

## Die „Rechtsprechung“ des Landesarbeitsgerichts

Die Entlassung Detters, des vormaligen Vorsitzenden des Arbeiterrats der Berliner Verkehr-A.G. und des Arbeiterratemitgliedes des Krüger ist vom Landesarbeitsgericht gutgeheißen worden. Der Sozialdemokrat Brandt war die beiden bekanntlich hinaus, weil sie die selbstverständliche Arbeiterpflicht erfüllen und für Arbeitsruhe am 1. Mai diese Arbeiterräte abgeben. Herr Wissel aber wird ihn verbindlich erklären, und die Arbeiter werden es den Gewerkschaften glauben, daß für sie ein Sieg errungen wurde, weil ja die 53-stündige Arbeitswoche abgewehrt wurde.

## Weitere

### Verschlechterung am Arbeitsmarkt

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist die Arbeitslosenrate im Reich in der Woche vom 18. zum 24. August weiter gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger dürfte 720.000 gegen 710.000 Anfang August betragen. Es sind dies 150.000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen dürfte mit 1,5 Millionen nicht zu hoch geschätzt sein.

In der Woche zum 24. August stieg im Bereich des Arbeitsamts Berlin-Brandenburg die Zahl der Arbeitslosen um 607 auf 216.004, d. h. um 0,28 Proz. gegenüber einer Zunahme von 939 gleich 0,24 Proz. in der Vorwoche. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 108.728, in der Krisenunterstützung 21.170, zusammen 129.898 Personen.

Das Bild ist dasselbe wie in den Vorwochen. Die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen, die der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung gesunken. Ebenfalls stieg, trotz des Waischen Abbaus, die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger.

Das bedeutet, daß die „Krise“ aufgeföhrt wird von den weniger Kategorien, die noch Krisenunterstützung erhalten und deren versicherungsberechtigte Unterstützungszustand abnehmen ist. Trotz alles Abbaus steigt die Zahl der Unterstützungsempfänger infolge Verschlechterung der Konjunktur.

### Katastrophale Arbeitslosigkeit in Pirmasens.

In der deutschen Schuhmetropole Pirmasens, die 20 Prozent des deutschen Schuhbedarfs herstellt, ist die Arbeitslosigkeit zu einer beängstigenden Hungersnot geworden. Von den 45.000 Seelen der Stadt waren im Januar 1928, nach einem schon sehr deutlich wahrnehmbaren Abstieg, 21.728 Arbeitskräfte in 346 Schuhfabriken beschäftigt. Im Dezember waren es nur noch 15.002 in 266 Betrieben. Aus diesen Ziffern ist ersichtlich, daß auch so ziemlich alle Frauen der Werkstätten

und ebenso fast alle Jugendliche in der Schuhproduktion tätig sind. Die Ziffern beweisen ferner, daß die Kleinindustrie vorherrscht. Im Januar kamen reichlich 60 Arbeitskräfte auf einen Betrieb, im Dezember nicht mehr ganz 50. Da Pirmasens innerlich einige Betriebe hat, die einige Tausend Arbeiter beschäftigen, zeigen die obigen Ziffern, daß die Mehrzahl der Betriebe winzige Zwergfabriken sind.

Die Not in Pirmasens ist die Folge der Verstrickung und der Rationalisierung, zwar nicht der Pirmasenser, sondern der außerhalb Pirmasens gelegenen Schuhindustrie. Pirmasens ist eine Berg- und Hügelstadt, in der es, außer einer im Tal gelegenen Geschäftsstraße, schwer fällt, 2 Häuser zu entdecken, die auf gleicher Höhe stehen. Es sind denn auch in der überaus großen Mehrzahl kleine und alte Häuschen, die den „Fabrikanten“ gehören, die allerdings den Heimarbeitern anderer Industriegebiete näher stehen als selbständigen Fabrikanten. Die Selbständigkeit ist denn auch nur eine scheinbare, die Fabriken sind überwiegend Spezialwerkstätten, Absatzfabriken, Kappenfabriken, Sohlenstapeln usw. usw. Sie befinden sich größtenteils in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Endfabrik-Unternehmern und den Großhändlern.

Die ganze Lage berücksichtigt, ist es erklärlich, daß die Pirmasenser Schuhwirtschaft rückständig ist gegenüber der übrigen Industrie im Fortschritt nicht folgen konnte. Bis vor einigen Jahren konnte die Industrie existieren, weil sie Schindluder mit der Arbeitskraft der Arbeiter trieb. Heute arbeitet die rationalisierte Schuhindustrie trotz der höheren Löhne billiger. Auch die Konkurrenz zu Barmen trägt ihr Teil zu der Pirmasenser Krise bei. Um die Stadt dürfte es geschehen sein. Trotz der enormen Abwanderung der jungen Arbeitskräfte, der hohen Sterblichkeit und der sehr hohen Selbstmordrate ziffert es Ende 1928 bei 15.002 Arbeitenden 12.459 Arbeitslose. Von den Arbeitenden waren etwa zwei Drittel Kurzarbeiter. Im letzten Winter waren zeitweise etwa 70 Prozent aller Arbeiter arbeitslos. Im Juli d. J. waren es 9000, wobei die starke Abwanderung in der Saison zu rechnen werden muß.

In dieses Elend trat die von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zugeheißene Wilschische Abbauverordnung der Krisenfürsorge wie ein Gewitter. Sie hat den ersten Schritt zur Krisenunterstützung gegen 31 im Reichsdurchschnitt und 19,7 im Pirmasens im Reich. Die Zahlen zeigen, daß die Krisenunterstützung gegen 31 im Reichsdurchschnitt und 19,7 im Pirmasens im Reich. Die Zahlen zeigen, daß die Krisenunterstützung gegen 31 im Reichsdurchschnitt und 19,7 im Pirmasens im Reich. Die Zahlen zeigen, daß die Krisenunterstützung gegen 31 im Reichsdurchschnitt und 19,7 im Pirmasens im Reich.

Von dieser Notlage der Stadt Pirmasens wurden die Reichsregierung und die bayerische Staatsregierung durch die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und die kommunistische Partei in Kenntnis gesetzt. Die Schaffung von neuen Arbeitsmöglichkeiten und, soweit dies nicht möglich, eine Sonderunterstützung zuzufordern. Doch bis heute wartet man vergebens; wie eine Zuschrift aus Pirmasens in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. August, die dem Reichsdurchschnitt gegenübersteht, das Wohlstandskomitee 1929 1.000.000 Mk. Unterstützung. Die Gesamtumlagen der Stadt betragen nur 500.000 Mk.

## Große Arbeitslosigkeit in Mexiko

Die stark steigende Arbeitslosigkeit in Mexiko beginnt der Regierung Sorge zu machen. Es wurde beschlossen, öffentliche Fonds zu schaffen, um die stark leidenden Arbeiter zu unterstützen. Vor der Hand wurden 116 Millionen Mexikanische Pesos in die Hand genommen, um sofort Geld flüssig zu haben. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf über 300.000 geschätzt, was über 20 Prozent aller Arbeiter ausmacht. Mexiko ist erst am Anfang des Industriekapitalismus.

## Aus den Bezirken

### Köln

Unsere Genossen hatten am 24. d. M. verschiedene gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu einem Diskussionsabend eingeladen. Genosse B. hielt einen Referat „Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union“. Die Stellungnahme zu den Gewerkschaften, ihr Wesen und Ideologie eingehend zu untersuchen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse. Von diesen Gedanken ausgehend, untersuchte unser Genosse die Rolle der Gewerkschaften vom Anfang ihrer Entstehung bis heute. Schon bei Gründung der ersten Arbeitervereinerbindung im Jahre 1848 war man sich klar, daß diese Organisation der Arbeiter haben konnte und niemals ein Mittel zum Sturz des Kapitals. Eingehend legte er an Hand vieler schriftlicher Beweise die damalige Zeit die Tendenz der Gewerkschaften klar auseinander. Er zeigte sowohl den Aufstieg des Kapitals bis zum imperialistischen Gipfel, wie auch die starke Zunahme der Gewerkschaften bis zum Ausbruch des Krieges. Nachdem er nun den schändlichen Verrat der Gewerkschaften an der Arbeiterklasse während des Krieges, die gemeine Schurkerei der Gewerkschaftsleitungen (Kriechen vor dem Militarismus, Verherrlichung des Krieges, Denaturalisation revolutionärer Arbeiter, Kriegsgeldbewilligung usw.) an Hand vieler Dokumente festgelegt hatte, geißelte er mit scharfen Worten die niederträchtige Rolle der Gewerkschaften nach dem Kriege. Er streifte dann in kurzen Hüllen die Niederwerfung des revolutionären Proletariats mit Hilfe der Gewerkschaften von 1918 bis heute, zerpfückte das Betriebsratsgesetz, Ruhrkrieg, Inflation, Wiederaufbau usw. und ging dann auf die Verräterrolle der Gewerkschaften in den letzten Streiks über. Nach dem Ende des Krieges gründeten die Gewerkschaften abgesehen davon, erläuterte er noch in kurzen Sätzen das Wesen und Ziel der Allgemeinen Arbeiter-Union. Die verelende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, angesichts der starken Organisation des Kapitals in Trusts und Konzerns gibt es für die Arbeiterklasse nichts anderes, als es ist ihre heiligste Pflicht, will sie nicht untergehen, sich in einer revolutionären Organisation, in einer Klassenorganisation, zusammenzuschließen, um dann gemeinsam als Klasse und nicht als Berufsorganisation den Kampf gegen das Kapital aufzunehmen, bis zur endgültigen Niederwerfung der Kapitalherrschaft.

Dies war auch die Meinung aller anwesenden Arbeiter. Und das ist das Wesentliche. Die darauf einsetzende Diskussion unterrichtete und ergötzte alle die Anwesenden. Ein solches Genossen. Die konterrevolutionären Machenschaften der Gewerkschaften und deshalb ihre Unmöglichkeit für die Arbeiterklasse, auch nur etwas zu ihrer Befreiung zu tun, einsehend, konnte allerdings die Anwesenden noch nicht überzeugen. Nach der Diskussion gab es einen lebhaften Kampf gegen die Kapitalherrschaft, bis zur endgültigen Niederwerfung der Kapitalherrschaft.

Die Diskussion wurde dann am Schluß noch, des öfteren solche Diskussionen zu veranstalten, die ja notwendig sind, um im Gegensatz zu einer Gewerkschaftsversammlung auf einem hohen Niveau stehen und deshalb auch für die noch nicht ganz aufgeklärten Arbeiter belehrend und nützlich wirken.

Uns Genossen in Köln hat diese Versammlung wieder gezeigt, daß man bei etwas gutem Willen, wenn es sich manchmal schwer scheint, trotzdem noch zu den Arbeitern sprechen und mit ihnen diskutieren kann, daß wir es hier mit offenen, ehrlichen, nach vorwärts dringenden Arbeitern zu tun haben und somit wiederum ein gut Stück vorwärts in unserer Bewegung gekommen sind. Und dies ist unsere Genugtuung. Mögen alle Ortsgruppen es ebenfalls in diesem Sinne tun.

### München

Eine kombinierte Mitgliederversammlung der AAU und KAPD, der Ortsgruppen München nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die kombinierte Mitgliederversammlung der KAPD und AAU Münchens vom 10. & 29. stellt sich ohne Vorbehalt auf den politischen Standpunkt der Partei. Sie fordert alle Genossen auf, sowohl mit dem sogenannten Reichsausschuß der AAU, als auch mit denen, die mit der „Einheitsorganisation“ hebeln, die Beziehungen abzubrechen. Da der RAA, der AAU, sein organisationszerstörendes Treiben fortsetzt, sehen sich die Genossen gezwungen, den „Kampf“ zu boykottieren und appellieren an alle Genossen, für die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ verstärkte Propaganda zu entfalten.“

### Chronik

14 Tote, 21 Schwerverletzte und eine große Anzahl weniger Schwerverletzte, das ist die Summe des Eisenbahnunglücks des Paris-Warschauer D-Zuges bei Buir i. W. Mangelhafte Verständigung des Lokomotivführers durch den Fahrleitungsleiter, der deshalb zu schnell fuhr, soll laut Bericht der Eisenbahndirektion die Schuld sein. Der wahre Grund wird der Arbeitsüberlastung, d. h. Raubbau an der Arbeitskraft der Arbeiter sein.

Der Bankrott der bühnenkünstlerin wurde auch von der Academie Francaise bestätigt. Sie hat den alljährlich zur Verteilung kommenden Preis von 30.000 Franken in diesem Jahre zurückbehalten, weil sich kein Autor gefunden habe, ein Stück „das von einer hohen und edlen Idee getragen“ sei, zu schreiben. Die Autoren wieder behaupten, daß die alten Herren der Jury nicht in stande seien, eine hohe und edle Idee zu erkennen. Sie werden, beides Recht haben.

Künstliche Ernährung verschafft den Tagedeuten ein „elektrisches Schankelbrot“, der in London erfinden wurde und der „in 2 Minuten die Wohlfahrt von 4 Stunden körperlicher Arbeit verschafft“. — Der Mann, der diese „Arbeitsmaschine“ erfinden hat, ist ein scharfer Beobachter. Möchten doch auch die Arbeiter begreifen lernen, wie sehr sich ihre „Arbeitsgeber“ plagen müssen um den Arbeitsvertrag der Proletarier zu verjuxen und ihnen die „Arbeit“ erleichtern.

Demokratie USA. Die Polizeiverwaltung in Detroit, der Stadt Ford, hat die Wehrung der Ordnung auf den Spielplätzen der Stadt durch das städtische Wohlfahrtsamt ausgewählte Kinder damit beauftragt, den Ordnungsdienst zu versehen. 3000 Knaben und Mädchen, in zwei Halbtagsdiensten tätig, mit riesigen Messern ausgestattet, führen einen streng geregelten Dienst. Die Kinder werden sich sogar bis auf Ausschluß einzelner, dessen Machtbehörden sich sogar bis auf Ausschluß einzelner Kinder, denen ungebührlich Betragen nachgewiesen wird, von dem Spielplatz erstreckt. — In Detroit, wo die Proletarier die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden, und von Ford gleichmäßig ausgespart werden, wird diese Schöpfung in Befehlende und Beherrschte ihre Wirkung nicht verhehlen.

### Erklärung

Die Pressekommission hat zu den Artikeln „Der Weg zu den Massen“ in Nr. 22 und „Massen-Organisation“ in Nr. 24 Stellung genommen und beschlossen, Artikel über Fragen der Taktik von Außenstehenden nicht mehr aufzunehmen. Ferner erklärte die Pressekommission, daß die in den Artikeln vertretene Stellung nicht die grundsätzlichen Annahmen der Partei sind.

### Die Pressekommission der „KAZ“

Druckfehlerberichtigung. In Artikel „Die Frage der Geldschekelkredit“ in voriger Nummer muß es von der 27. Zeile von oben: mittlere Spalte heißen: Eine Regierungskrise bedeutet daher für die Sozialdemokratie die Illustrierung ihres eigenen Bankrotts als Partei.

### Der wirtschaftliche Mittelstand

Wirtschaftsbezirk Mittelddeutschland. Am Sonntag, den 18. September 1929, findet im Volkspark in Halle, Bergstraße, eine kombinierte Bezirkskonferenz der AAU und KAP. statt.

- Provisorische Tagesordnung:
1. Politische Lage.
  2. Organisatorisches und Taktik.
  3. Bericht aus den Ortsgruppen.
  4. VRK.
  5. Verschiedenes.

AAU. und KAP. Ortsgruppen Halle a. S.

### Groß-Berlin

Betriebsorganisation Bezirk Kreuzberg. Alle Genossen, deren Arbeitsstelle im Bezirk Kreuzberg liegt, müssen am Donnerstag, den 5. Sept., nachm. 4.30 Uhr, im Lokal Elisabeth-Ufer erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Am Donnerstag, den 5. September, abends 7.30 Uhr, Kassenrevue an bekannter Stelle.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin-Wittenau. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isidorow, Berlin O 17.

Bestellzettel. Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lamsitzer Platz 13, zu senden.

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lamsitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, September 1929. Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lamsitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifennummer vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht angenommen.

## Die Bombendemokratie

Durch die Bombe im Reichstagsgebäude ist dem demokratischen Spieler der Schrecken in die Knochen gefahren. Eine Belohnung von fünfzehntausend Mark soll dazu beitragen, die Attentäter zu fangen. Sozialdemokratische Zeitungen sind voll von Kraftworten. Nun ist es genug! Das „Volk“, das sich selbst „regiert“, wird dem politischen Mordbräutern das Handwerk legen! In Wirklichkeit geht die Geduld dieser Republik in der Tat über die Hutschnur. Einen ganzen Bombensommer ließ sie über sich ergehen. In der Nacht vom 22. zum 23. Mai begann bekanntlich die Bombenpolitik, und zwar mit dem Anschlag auf das Itzehoer Landratsamt. Acht Tage später explodierte eine Bombe im Hause des Schulrates Lemper in Hohen-Westadt. In der Morgendämmerung des 3. Juni setzten die Herrschaften erneut eine Höllemaschine in das Landesfinanzamt Oldenburg. Am 11. Juni richtete eine Bombe in der Amtswohnung des Landrats Skalweit in Nibüll große Verwüstungen an. Am 31. Juli platzte eine Bombe in der Villa des Rechtsanwaltes Dr. Strauß in Lüneburg. Vier Wochen später geschah dann das Attentat in der Wohnung des Regierungspräsidenten in Schleswig und jetzt das Attentat auf das Reichstagsgebäude.

Die Arbeiter tun gut, sich die Lage, in der die Knalerei wieder mode wird, genau zu ansehen, ehe sie sich in eine wüste Verteidigungsspsychose dieser Republik hineinziehen lassen. Sie wissen, daß diese Republik schon einmal „gerettet“ wurde, und zwar als Erzberger und Rathenau abgeknallt wurden. Das „Gesetz zum Schutze der Republik“ — angeblich geschaffen gegen die „Reaktion“ — war für monarchistische und demokratische Justizgewaltige die „rechtliche“ Grundlage. Tausende von Arbeitern ins Zuchthaus zu bringen. Mittlerweile ist die Republik so erstarrt, daß das „Gesetz zum Schutze der Republik“ auf die Rumpelkammer wandern konnte. — Die Bourgeoisie fürchtete das Proletariat nicht mehr, vor der Hand wenigstens nicht.

Daß jedoch die Hakenkreuzbomben so frisch-fröhlich knallen, ist nicht von ungefahr. Wenn nur einziger Fall oder gar Wiederholungsfälle von Seiten linksradikaler Gruppen zu verzeichnen wären, könnte man sicher sein, daß eine intensive, ganze Seiten fallende Hetze wogeleugelt aus den Zeitungen geifert würde. Zu dem Verbot des RFB, und der Liste verbotener Zeitungen und Bücher käme das Verbot von allem, was nur entfernt verdächtig wäre, zu dem „kleinen“ der „großen“ Belagerungszustand — im Namen der Demokratie.

Warum nun so loyal gegen die Hakenkreuz- und Stahlfeldoffensive?

Der „Joungplan“ ist unter Dach und Fach. Die sozialdemokratische Presse betont, in ewigen Wiederholungen, wie ein altes Waschweib, daß einige Milliarden weniger zu zahlen sind, als auf Grund des Dawespakts, Folge? Das Erwerbslosenversicherungsgesetz — dieses Gesetz das die Überflüssigkeit abflutet und endlich verdrängen läßt — wird „reformiert“, damit das Verrecken in Zukunft billiger wird. Die erste Folge also, daß „wir“ nicht mehr so „viel“ bezahlen müssen. Die Sozialdemokratie sträubt sich, als Regierungspartei so rasch durchzugreifen, wie ihre Auftraggeber das wünschen. Sie hat Angst, das Proletariat könnte doch einmal nichtern werden. Doch die Herren der Republik, die Monopolkriegswirtschaft und agrarischen Landvögel wollen schnelle und ganze Arbeit. Sie brauchen die Sozialdemokratie als Regierungspartei nicht mehr. Die Kabinettskrise lauert im Hintergrund.

Die Sozialdemokratie reagiert zögernd auf die Fußtritte ihrer Herren, — aber sie pariert. Sie weiß, es gibt für sie kein Entrinnen. Schon auf dem Magdeburger Parteitag vernahm man von Wels, daß, wenn die Diktatur unvermeidlich würde, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften diese Diktatur durchführen würden. — Und warum soll diese Diktatur „unvermeidlich“ werden? Die breiten Massen der Arbeiter haben einen Dreck davon, ob ein paar Milliarden mehr oder weniger in den Sack der „Erfüllung“ wandern. Ob ihr Lohn steigt, richtet

## Haag und die II. Internationale

In der letzten Nummer der „KAZ“ hatten wir prinzipiell zu der verschiedenen Einstellung der imperialistischen Mächte auf der Konferenz Stellung genommen. Gerade die scharfen Gegensätze, die sich zwischen dem englischen und französischen Kapital wegen der Beteiligung an der Ausbeutung des deutschen Proletariats gezeigt hatten, boten die Gelegenheit, die reformistische Taktik in ihrer nationalen Einstellung bei auswärtigen Fragen klarzulegen, wenn es sich um das Profitinteresse des eigenen Kapitals handelte.

Die KAP. hat sich niemals Illusionen über die internationale Haltung der 2. Internationale gemacht. Sie konnte also auch keine Enttäuschung erleben. Anders war dies bei der Arbeiterschaft, die noch heute der 2. Internationale anhängt. Sie hoffte, daß mit der Übernahme der Regierung durch die englische Arbeiterpartei eine tatkräftige Unterstützung bei dem Abbau der Belastung der deutschen Arbeiterschaft durch den Versailler Vertrag erfolgen würde. Jedoch war sie der festen Überzeugung, daß durch diese „Lichtbombe“ in England keine Erhöhung der deutschen Verhältnisse einsetzen würde.

Der englische Schatzkanzler Snowden betonte seit Beginn der Verhandlungen, daß die von ihm erstrebte Unterstützung nur der Verteilung der deutschen Zahlungen unter den Alliierten gelte. Es sollten aber auf keinen Fall die Kosten dieser Umänderung von Deutschland getragen werden. Die deutsche Delegation vertraute dieser Erklärung insbesondere unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Mitglieder und hielt sich bei den Verhandlungen unter den Gläubigermächten vollkommen neutral. Gleichzeitig hoffte sie auch, daß diese Differenzen zu einer gemeinsamen Front zwischen dem „sozialistischen“ England und Deutschland gegen das französische Kapital führen würden.

Der erwartete Bruch der Entente cordiale zwischen England und Frankreich war als Anfang eines deutsch-englischen Bündnisses gedacht. Diese schlaue Taktik übersah das entscheidende Moment, daß die Gläubiger um jeden Preis eine Einheitsfront gegen den Schuldner bilden müssen, wenn sie die Erfüllung ihrer Forderungen durchsetzen wollen. Dieser Grundsatz gilt noch mehr, wenn es sich um die Entleerung einer politischen Schuld handelt, bei der eine Verschärfung der Gegensätze und eine Verbindung zwischen dem einen Gläubiger und Schuldner praktisch den Krieg bedeutet.

Das Sprichwort „wenn zwei sich zanken, freut sich der Dritte“, gilt nur im Verhältnis zwischen gleichgestellten Personen und gleichgelagerten Verhältnissen; dagegen nicht im politischen Leben. Der lachende Dritte ist dann der zahlende Dritte. Es war deshalb von vornherein vorauszusetzen, daß die Einigung auf Kosten Deutschlands erfolgen, und daß sich die MacDonald-Regierung gegen diese Regelung aus Gründen der internationalen Arbeitersolidarität nicht streuen würde.

Die Bilanz der Haager-Konferenz fällt vollkommen ungunsten Deutschlands aus. Der weitaus größte Teil der Forderungen des englischen Kapitals ist Deutschland aufgebürdet. Der eiserne Schatzkanzler Snowden hat seinen Erfolg als Retter der englischen Nation, und die deutsche Arbeiterschaft muß diesen Erfolg mit einer verstärkten Ausbeutung durch das deutsche Kapital bezahlen. Es ist selbstverständlich, daß das deutsche Kapital die Mehrbelastung auf die Arbeiter abwälzen würde.

Das deutsche Kapital hat zusammen mit seinen sozialdemokratischen Lakaien dieses neue Diktat der Gläubigermächte angenommen, weil es einmal immer noch eine Verbesserung gegenüber dem Dawesplan darstellte und weil ihm bei der augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Situation nichts anderes übrig blieb. Es konnte keinen längeren Widerstand riskieren, weil die Einheitsfront der Gläubiger wieder hergestellt war. Außerdem hatte es keine Gelegenheit, sich stärker gegen den Druck, der auf es ausgeübt wurde, zu wehren, weil die Einigung der Gläubiger in der letzten Minute erfolgt war und keine Stimmung mehr zu einem weiteren Handeln vorhanden war.

Das deutsche Kapital hatte auf dieser Konferenz die allmächtige Rolle gespielt, weil es überhaupt nicht gehört wurde und gehört zu werden brauchte. Die wirtschaftliche Konsolidierung der Gläubigermächte hatte seit Aufstellung des Dawes-